

Informationserteilung über Datenverarbeitung

Diese Informationserteilung über die Datenverarbeitung stellt die Merkmale der Datenverarbeitung, insbesondere der Datensammlung, -speicherung und -verwendung durch die ÓAM Ózder Stahlwerke GmbH (im weiteren: Der Verantwortliche) auf der Internetseite www.oamkft.hu vor.

1. Angaben des Verantwortlichen

Nennung des Verantwortlichen:	ÓAM Ózder Stahlwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Firmenregisternummer des Verantwortlichen:	05-09-002456
Sitz des Verantwortlichen:	3600 Ózd, Max Aicher Straße 1.
Der Vertreter des Verantwortlichen:	Adatvédelmi referens, adatvedelem@oamkft.hu

2. Datenschutzvorschriften

Diese Informationserteilung über die Datenverarbeitung gilt vom 01/09/2018 bis zum Widerruf.

Die Begriffsverwendung dieses Regelwerks stimmt mit der Begriffsbestimmung des Artikels 4. der Datenschutz-Grundverordnung (im weiteren: DSGVO) überein, beziehungsweise in bestimmten Punkten wurde sie mit den interpretierenden Bestimmungen § 3. des Gesetzes CXII. von 2011 über das Informationsselbstbestimmungsrecht und die Informationsfreiheit (im weiteren: Info-Gesetz) ergänzt. Aufgrund dessen also:

personenbezogene Daten: alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (im Folgenden „betroffene Person“) beziehen; als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind, identifiziert werden kann;

Einwilligung: jede freiwillig für den bestimmten Fall, in informierter Weise und unmissverständlich abgegebene Willensbekundung der betroffenen Person in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen bestätigenden Handlung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist;

Verantwortlicher: die natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet; sind die Zwecke und Mittel dieser Verarbeitung durch das Unionsrecht oder das Recht der Mitgliedstaaten vorgegeben, so kann der Verantwortliche beziehungsweise können die bestimmten Kriterien seiner Benennung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten vorgesehen werden;

Verarbeitung: jeder mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführten Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung;

Auftragsverarbeiter: eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die personenbezogene Daten im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet;

Empfänger: eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, der personenbezogene Daten offengelegt werden, unabhängig davon, ob es sich bei ihr um einen Dritten handelt oder nicht.

Personenbezogene Daten müssen auf rechtmäßige Weise, nach Treu und Glauben und in einer für die betroffene Person nachvollziehbaren Weise verarbeitet werden

Der Verantwortliche stellt die Informationserteilung fortdauernd auf seiner Webseite bereit. Die Annahme der Informationserteilung über Datenverarbeitung (das Anklicken des entsprechenden Checkboxes) beweist deren Erkenntnis und gilt als Einwilligung zur Datenverarbeitung. Die Einwilligung sollte durch eine eindeutige bestätigende Handlung erfolgen, mit der freiwillig, für den konkreten Fall, in informierter Weise und unmissverständlich bekundet wird, dass die betroffene Person mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist, etwa in Form einer schriftlichen Erklärung, die auch elektronisch erfolgen kann.

Personenbezogene Daten müssen vom Verantwortlichen für festgelegte, eindeutige und legitime Zwecke erhoben werden und dürfen nicht in einer mit diesen Zwecken nicht zu vereinbarenden Weise weiterverarbeitet werden; beziehungsweise sie müssen in einer Form gespeichert werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen nur so lange ermöglicht, wie es für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist.

Die Mitarbeiter des Verantwortlichen sorgen während ihrer Arbeit dafür, dass Unbefugte darin keine Einsichtnahme haben können sowie dafür, dass die Speicherung und Aufbewahrung der personenbezogenen Daten so erfolgen, dass Unbefugte dazu keinen Zugang haben und sie nicht erkennen, verändern oder vernichten können.

3. Datenverarbeitungen während der Nutzung der Webseite des Verantwortlichen

3.1 Cookies

Die Cookies (Kekse/Plätzchen) werden durch die besuchten Webseiten auf den Computer gesetzt und enthalten Informationen wie die Einstellungen der Seite. Die Verwendung von Cookies bietet dem Verantwortlichen die Möglichkeit, einige Daten des Besuchers abzufragen und seine Internetbenutzung nachzuvollziehen. Bestimmte Cookies sind für das entsprechende Funktionieren der Seite unentbehrlich, andere sammeln Statistken, damit die Benutzung der Seite bequemer werden können und es gibt Cookies mit dem Zweck, gezielte Anzeigen zu platzieren.

Zweck der Datenverarbeitung: die Untersuchung der Gewohnheiten des Webseitebesuchs, die Erleichterung der Kontaktaufnahme mit dem Verantwortlichen

Kreis der verarbeiteten Daten: die Internetprotokolladresse des Rechners (IP-Adresse), Domain-Name (URL), die Daten des Zugangs, Abrufen vom Klienten-File (Filename und URL), der HTTP-Antwortcode, die Daten der Webseite, woher die Abrufung erfolgte; die Menge der vertriebenen Daten, der Zeitpunkt des Besuchs, die Daten der besuchten Seiten.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung: die Einwilligung der betroffenen Person nach Artikel 6 Absatz (1) Punkt a) der DSGVO.

Dauer der Speicherung: höchstens ein Jahr nach der Datengewinnung.

Art der Speicherung: elektronisch

3.2. Datenverarbeitung mit den Bewerbungen um Arbeitsstellen verbunden

Die auf die Online-Plattform oder postalisch eingetroffenen, sog. „einfliegende Lebensläufe“ von der betroffenen Person persönlich oder postalisch an den Sitz und die Niederlassungen des Verantwortlichen; oder elektronisch an die E-Mail-Adresse job@oamkft.hu des Verantwortlichen.

Zweck der Datenverarbeitung: die Auswahl der entsprechenden Arbeitnehmer für die vakanten Arbeitsstellen, die Verarbeitung der personenbezogenen Daten.

Kreis der verarbeiteten Daten: Name, Geburtsdatum, Muttername, Wohnadresse, Bildungsdaten, vorige Arbeitsstellen, Foto, andere von der betroffenen Person angegebene Daten.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung: die Einwilligung der betroffenen Person nach Artikel 6 Absatz (1) Punkt a) der DSGVO.

Dauer der Speicherung: bis zur Auswahl der entsprechenden Kandidaten.

Art der Speicherung: elektronisch

3.3. Kundenkontakt

Der Verantwortliche bietet auf der Plattform <http://www.oamkft.hu/hu/home/kapcsolat> den Besuchern der Seite die Möglichkeit, sich durch die Ausfüllung des dortigen Formulars mit dem Verantwortlichen in Verbindung zu setzen. Der Betreff des Ersuchens kann Informationseinholung, Kontaktaufnahme, usw. sein.

Der Verantwortliche ermöglicht weiterhin, dass seine Kunden bzw. die Besucher der Webseite an die E-Mail Adresse adatvedelem@oamkft.hu dem Verantwortlichen eine Nachricht zu senden, oder unter den Telefonnummern (+36) 48 575-500, beziehungsweise (+36) 48 575-510 den Kontakt aufzunehmen. Im Fall einer telefonischen Kontaktaufnahme werden keine Tonaufnahmen erstellt.

Zweck der Datenverarbeitung: Kontakthaltung, Kontaktaufnahme mit den Kunden

Kreis der verarbeiteten Daten: Name, Wohnadresse, E-Mail-Adresse, andere Daten dem Ersuchen entsprechend.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung: die Einwilligung der betroffenen Person nach Artikel 6 Absatz(1) Punkt a) der DSGVO.

Dauer der Speicherung: bis zur Verwirklichung des Zwecks, spätestens bis zur Bitte der betroffenen Person um Löschung.

Art der Speicherung: elektronisch

4. Geltendmachung der Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person kann von der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten um eine Auskunft bitten, außerdem kann sie die Berichtigung und die Löschung der personenbezogenen Daten unter der E-Mail Adresse adatvedelem@oamkft.hu verlangen. Weiterhin ist er zur Datenübertragbarkeit berechtigt und hat Recht auf einen Rechtsbehelf. Im Fall einer Beschwerde kann sich die betroffene Person in Ungarn an die Nationale Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit (Nemzeti Adatvédelmi és Információszabadság Hatóság) oder – nach ihrer Wahl – an das Gericht wenden. Im Gerichtsverfahren verfügt das Landgericht über eine Kompetenz.

Unten befindet sich eine detaillierte Beschreibung über die Rechte der betroffenen Person:

4.1. Auskunftsrecht und Zugang

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob ihre personenbezogenen Daten zur Zeit verarbeitet werden; und sie hat noch ein Recht auf folgende Informationen:

- die Verarbeitungszwecke;
- die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden;
- die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, insbesondere bei Empfängern in Drittländern oder bei internationalen Organisationen;
- falls möglich die geplante Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden, oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer
- die betroffene Person ist berechtigt, informiert zu werden ob das folgende Recht ihr zusteht: das Bestehen des Rechts auf Berichtigung oder Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung; bzw. das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
- sie ist berechtigt jede Information zu erhalten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden.
- sie ist weiterhin berechtigt, informiert zu werden: im Fall einer automatisierten Entscheidungsfindung über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person.

Der Verantwortliche stellt der betroffenen Person Informationen über die ergriffenen Maßnahmen auf Antrag gemäß dem Informationsrecht unverzüglich, in jedem Fall aber innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags zur Verfügung. Diese Frist kann um weitere zwei Monate verlängert werden, wenn dies unter Berücksichtigung der Komplexität und der Anzahl von Anträgen erforderlich ist. Der Verantwortliche unterrichtet die betroffene Person innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags über eine Fristverlängerung, zusammen mit den Gründen für die Verzögerung.

Die Informationsausgabe ist nach Hauptregel kostenlos, der Verantwortliche kann ein Entgelt nur in Fällen gemäß Artikel 12. Absatz (5) bzw. Artikel 15. Absatz (3) verlangen.

Wird der Verantwortliche auf den Antrag der betroffenen Person hin nicht tätig, so unterrichtet er die betroffene Person ohne Verzögerung, spätestens aber innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags über die Gründe hierfür und über die Möglichkeit, bei einer Aufsichtsbehörde Beschwerde einzulegen oder einen gerichtlichen Rechtsbehelf einzulegen.

4.2. Recht auf Berichtigung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung hat die betroffene Person das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten — auch mittels einer ergänzenden Erklärung — zu verlangen.

Für eine Dauer, während der Verantwortliche die Richtigkeit der personenbezogenen Daten überprüft, können die bestrittenen personenbezogenen Daten nach dem Punkt 5.4. dieser Informationserteilung eingeschränkt werden.

4.3. Widerspruchsrecht

Die betroffene Person kann mit ihrer Erklärung an den Verantwortlichen gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten im Fall einen Widerspruch einlegen, wenn die Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

- nach Artikel 6. Absatz (1) Punkt e) der DSGVO im öffentlichen Interesse liegt oder
- nach Artikel 6. Absatz (1) Punkt f) der DSGVO ein berechtigtes Interesse ist.

Im Fall der Ausübung des Widerspruchsrechtes darf der Verantwortliche die personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Ob die Verarbeitung durch zwingende schutzwürdige Gründe begründet wird, entscheidet der Geschäftsführer des Verantwortlichen. Von seinem Standpunkt informiert er die betroffene Person in einer Meinungsäußerung.

4.4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Die Einschränkung der Verarbeitung kann erfolgen, wenn

- die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von der betroffenen Person bestritten wird, und zwar für eine Dauer, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
- die Verarbeitung unrechtmäßig ist und die betroffene Person statt der Löschung die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangt;
- der Verantwortliche die personenbezogenen Daten nicht länger benötigt, die betroffene Person sie jedoch zur Ausübung von Rechtsansprüchen benötigt;
- die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Artikel 21 Absatz 1 eingelegt hat, solange der Widerspruch erwägt wird.

Für die Zeitdauer der Erwägung des Widerspruchs gegen die Verarbeitung der personenbezogenen Daten – aber höchstens für 5 Tage – setzt der Leiter der Organisationseinheit für Verarbeitung die Verarbeitung aus, er überprüft die Begründung des Widerspruchs und trifft eine Entscheidung, worüber der Antragsteller benachrichtigt wird.

Wenn der Widerspruch begründet ist, schränkt der Leiter der Organisationseinheit die Daten ein, also nur die Speicherung als Datenverarbeitung erfolgt, bis

- die betroffene Person ihre Einwilligung zur Datenverarbeitung gibt;
- die Verarbeitung der personenbezogenen Daten zur Geltendmachung von Rechtsansprüchen nötig sind;
- im Interesse des Rechtsschutzes anderer natürlicher oder juristischer Person die Verarbeitung nötig ist; oder
- die Rechtsverordnung aus öffentlichem Interesse die Verarbeitung verordnet.

Wenn die Einschränkung der Verarbeitung von der betroffenen Person verlangt wurde, informiert der Leiter der gegebenen Organisationseinheit vorab die betroffene Person über die Aufhebung der Einschränkung.

4.5. Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“)

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- a) Die personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig;
- b) Die betroffene Person widerruft ihre Einwilligung, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
- c) Die betroffene Person legt gemäß Artikel 21 Absatz 1 Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder die betroffene Person legt gemäß Artikel 21 Absatz 2 Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
- d) Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- e) Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.

ODER

- f) Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft erhoben.

Das Recht auf Löschung kann nur im Fall des Bestehens der Ausnahmen nach der DSGVO eingeschränkt werden, also kann die weitere Speicherung der personenbezogenen Daten beim Bestehen der folgenden Gründen rechtmäßig betrachtet werden:

- a) wenn dies für die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information,
- b) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, (bei einer Tätigkeit im Verarbeitungsverzeichnis mit der Rechtsgrundlage rechtliche Pflicht festgelegt während der Dauer zum Zweck der Verarbeitung),
- c) für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt,
- d) in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde,
- e) aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, oder
- f) für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke,
- g) zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken,
- h) zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

4.6. Recht auf Datenübertragbarkeit

Die betroffene Person ist berechtigt, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen, maschinenlesbaren Format zu erhalten und sie einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, ohne dass sie von dem Verantwortlichen, dem sie die personenbezogenen Daten zur Verfügung gestellt hat, darin gehindert würde, wenn:

- die Verarbeitung auf die Einwilligung der betroffenen Person beruht oder die Verarbeitung für die Erfüllung eines Vertrags, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich, die auf Anfrage der betroffenen Person erfolgen; [DSGVO Artikel 6. Absatz (1) Punkt a) oder b), bzw. Artikel 9. Absatz (2) Punkt a)]

UND

- die Verarbeitung mithilfe automatisiertem Verfahren erfolgt.

Der Verantwortliche teilt allen Empfängern, denen personenbezogenen Daten offengelegt wurden, jede Berichtigung oder Löschung der personenbezogenen Daten oder eine Einschränkung der Verarbeitung mit, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Der Verantwortliche unterrichtet die betroffene Person über diese Empfänger, wenn die betroffene Person dies verlangt.

4.7. Rechtsbehelfe

Der Verantwortliche ersetzt den Schaden wegen der rechtswidrigen Verarbeitung der Daten der betroffenen Person oder wegen der Zuwiderhandlung der Pflichten zur Datensicherung, beziehungsweise erstattet er das Leidgeld wegen einer Persönlichkeitsrechtsverletzung des von ihm eingesetzten Auftragsverarbeiters. Der Verantwortliche sollte von seiner Haftung für die verursachten Schäden und von der Bezahlung des Leidgeldes befreit werden, wenn er nachweist, dass er in keiner Weise für das zum Schaden führende Ereignis verantwortlich ist.

Die betroffene Person kann mit dem Datenverarbeitungsverfahren verbunden eine Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde einreichen – in Ungarn bei NAIH:

Name: Nemzeti Adatvédelmi és Információszabadság Hatóság
Sitz: 1024 Budapest, Szilágyi Erzsébet fasor 22/C.
Webseite: www.naih.hu

Die betroffene Person kann - nach ihrer Wahl – auch gerichtlich ihren Anspruch geltend machen. Für die Beurteilung des Prozesses ist das Landgericht zuständig. Der Prozess – nach der Wahl der betroffenen Person – kann bei einem laut ihrem Wohnort oder Aufenthaltsort zuständigen Landgericht eingeleitet werden.

5. Auftragsverarbeiter

Der Verantwortliche nimmt während der Verarbeitung der personenbezogenen Daten zur Ausübung von ausschließlich technischen Aufgaben die folgenden Auftragsverarbeiter in Anspruch:

Name des Auftragsverarbeiters: InterNetX GmbH
Anschrift: Johanna-Dachs-Str. 55, 93055 Regensburg, Germany
Zweck der Datenverarbeitung: Speicherraum-Service (web hosting service)

Die Auftragsverarbeiter verarbeiten die Daten auf Weisung des Verantwortlichen, sie dürfen keine die Datenverarbeitung wirklich betreffende Entscheidung treffen, die ihnen bekannt werdenden personenbezogenen Daten können sie ausschließlich nach den Verordnungen des Verantwortlichen verarbeiten, sie dürfen zum eigenen Zweck keine Verarbeitung durchführen, weiterhin müssen sie die personenbezogenen Daten nach den Verordnungen des Verantwortlichen speichern und aufbewahren.

6. Veränderung der Erklärung

Der Verantwortliche behält sich das Recht vor, die Erklärung zu verändern. Wenn die Veränderung die Verwendung der durch die betroffene Person angegebenen personenbezogenen Daten betrifft, so informiert er den Benutzer mit einer Informationserteilung per E-Mail. Wenn sich die Details der Datenverarbeitung wegen der Veränderung der Erklärung auch verändern, bittet der Verantwortliche extra um die Einwilligung der betroffenen Person.

7. Die in diesem Regelwerk nicht festgelegten Fragen

In den hier nicht bestimmten Fragen sind die Vorschriften der DSGVO, bzw. in den durch die DSGVO genehmigten Fällen, die Vorschriften des Infogesetzes normativ.